

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis ♦

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Kleinstes und gelesenstes Blatt im Oberlahnkreis.
Fernsprecher Nr. 59.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fr. Cramer, Weiburg.
Druck und Verlag von A. Cramer
Großherzoglich Luxemburgischer Postlieferant.

Bezugspreis: monatlich abgeholt 85 Bfg., durch Boten gebracht
95 Bfg., durch die Post 2,25 M. vierteljährlich ohne Bestellgeld.
Einschreibungsgebühr: 20 Bfg. die einspaltige Zeile.

Nr. 4. — 1919.

Weiburg, Montag, den 6. Januar.

71. (79.) Jahrgang.

Ein deutsches U-Boot auf der Themse.



Die nach den Waffenstillstandsbedingungen für die Marine auszuliefernden deutschen U-Boote wurden zum größten Teil auf der Themse interniert, nachdem die Mannschaften von ihren Fahrzeugen ausgebootet waren. Unser Bild zeigt „U-155“, das früher den bekannten Namen „U-Deutschland“ trug, vor der berühmten Tower-Brücke in London.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

Nr. F. R. 80/12. 18. A. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. W. I. 761/10. 18. A. R. A., betreffend Beschlagnahme von Web-, Trikot-, Wirk- und Strickgarnen aus Kunstwolle, vom 1. Oktober 1918

tritt außer Kraft.

Artikel II.

Die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. I. 1680/10. 17. A. R. A. vom 1. Dezember 1917 zu der Bekanntmachung Nr. W. I. 761/12. 15. A. R. A. vom 31. Dezember 1915, betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungsverbote für Web-, Trikot-, Wirk- und Strickgarnen

tritt außer Kraft.

Artikel III.

§ 4 der Bekanntmachung Nr. W. I. 761/12. 15. A. R. A., betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungsverbote für Web-, Trikot-, Wirk- und Strickgarnen, vom 31. Dezember 1915

erhält folgende Fassung:

§ 4. Ausnahmen vom Veräußerungsverbot.

Ausgenommen von den im § 3 getroffenen Anordnungen sind:

1. vor den im § 2 unter A aufgeführten Web-, Trikot- und Wirkgarnen aller Noppen, Schleifen (Loop-Garne) und solche Garne, welche mit einem oder mehreren aus pflanzlichen Fasern hergestellten Fäden gewirnt sind;
- von den im § 2 unter B aufgeführten Strickgarnen
- a) alle im Haushalt und in Hausgewerbebetrieben zum Zwecke der eigenen Verarbeitung befindlichen Mengen,
- b) sämtliche Vorräte, die sich am 31. Dezember 1915 bereits in Warenhäusern oder in sonstigen offenen Ladengeschäften zum Kleinverkauf oder zum Verkauf an Hausgewerbebetriebe befanden.

Diese Ausnahmen vom Veräußerungsverbot greifen jedoch nur hinsichtlich der in Ziffer 1 bzw. 2b näher bezeichneten Gegenstände und Mengen dann Platz, wenn

- aa) die Gegenstände, welche in Ziffer 2b dieses Paragraphen näher bezeichnet sind, zum Kleinverkauf unmittelbar für die Verarbeitung im Haushalt und zum Verkauf an Hausgewerbebetriebe auch weiterhin wirklich feilgehalten werden,
- bb) der Verkaufspreis der einzelnen Sorten, der in Ziffer 1 und 2b dieses Paragraphen näher bezeichneten Gegenstände jeweils nicht höher bemessen wird, als der zuletzt vor dem 31. Dezember 1915 von demselben Verkäufer erzielte Verkaufspreis zuzüglich 20 vom Hundert.

Wer trotz dieser Vorschriften die von dem Veräußerungsverbot ausgenommenen Mengen zurückhält oder höhere Verkaufspreise fordert, hat die Enteignung der Waren zu gewärtigen.

Artikel V.

Die Bekanntmachung tritt am 5. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 5. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
Wolffhügel.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 G. S. S. 201 und des § 12 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 20. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1353 ff.) fordere ich hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am 11. Januar 1919 bei dem unterzeichneten Wahlkommissar einzureichen; sie müssen von mindestens 100 im Wahlkreise zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein und dürfen nicht mehr als 22 Namen enthalten.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterchriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Dieselben Unterchriften sollen nicht unter mehreren Wahlvorschlägen stehen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag sind außer den Zustimmungserklärungen der Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Gemeindebehörden sind verpflichtet, solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei auszustellen.

In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschuß, zur Rücknahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.

Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 19. Januar 1919 bei dem unterzeichneten Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preußen sind.

Die Geschäftsräume des Wahlkommissars befinden sich im Regierungsgebäude zu Cassel, Schloßplatz 6, Zimmer 28, Fernsprecher Nr. 1342, Nebenstelle 21.

Geschäftsstunden: Wochentags von 9—1 Uhr.
Sprechstunden für den Wahlkommissar von 12—1 Uhr mittags.

Cassel, den 2. Januar 1919.

Der Wahlkommissar

für die Wahl zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

v. Lenze.

Westerburg, den 30. Dezember 1918.

Unter dem Rindvieh des Landwirts Johann Mille II. in Gudhain ist die Maul- und Klauenseuche festgestellt und daher Gefährdung angeordnet worden.

Der Landrat.

Beschluß.

In der Konsolidationsache von Selters S. IV. 19 wird der VI. Nachtrag zur Planberechnung gemäß § 6 des Gesetzes vom 4. August 1904 für vollstreckbar erklärt, nachdem Einwendungen gegen denselben nicht erhoben sind.

Limburg, den 29. Dezember 1918.

Kommission II für die Güterkonsolidation.

J. V. Schiffer

J. I. Nr. 14332. Weiburg, 28. Dezember 1918.
In der Gemeinde Ehringshausen, Kreis Weiburg, ist in 3 Gehöften die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Der Landrat.

Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Durchführung des Achtstundentags.

Der Arbeiter- und Soldatenrat macht bekannt:

Auf Grund des Beschlusses des Rates der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 ist am 1. Januar 1919 die achtsündige Arbeitszeit für Arbeiter in gewerblichen Betrieben einschließlich Bergbau in den Betrieben des Reiches, Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gewerblicher Art eingeführt. Für vorübergehende Arbeiten, welche in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen, findet diese Bestimmung keine Anwendung. Beginn und Ende der Arbeitszeiten und Pausen sind, sofern keine tarifliche Regelung erfolgt, vom Arbeitgeber im Einverständnis mit der Arbeiterschaft des Betriebes (Arbeiterrat) zu regeln und durch Aushang in den Betrieben zu veröffentlichen. Zuwiderhandelnde werden mit Geldstrafe bis zu 2000 M., im Wiederholungsfalle mit 100 bis 3000 M. oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Nichtamtlicher Teil

Die Ursache des Krieges und die Schuld am Zusammenbruch.

Die Ansicht eines Demokraten.

Der „Weilburger Anzeiger“ brachte vor kurzem einen Auszug aus der Feder eines Anhängers der „Deutschen Volkspartei“ über dieses Thema. Da wird es die Lesenden und die Leser interessieren, die Anschauung eines Demokraten über diese Dinge zu erfahren.

Er geht von der Ansicht aus, daß beim Weltkriege „Ursache“ und „Veranlassung“ zu trennen sind. Dem Geschichtsschreiber ist es unmöglich, schon heute ein für alle mal festzustellen, wen die Hauptschuld am unmittelbaren Ausbruch des Krieges trifft. Die Vorgänge, die sich Ende Juli und Anfang Aug. 14 in den Geheimtuben der europäischen Diplomaten abgespielt haben, sind so verwickelt, daß jeder mit der Methode und dem Ziele der Geschichtsschreibung Vertraute die Veröffentlichung aller einschlägigen Dokumente abwarten muß. Im gewöhnlichen Leben fällt der Richter auch sein Urteil erst nach Einsichtnahme aller Akten und nach Vernehmung aller Zeugen. Etwas anders ist es mit der „Veranlassung“ des Weltkrieges, mit all den Vorgängen geistiger, wirtschaftlicher und politischer Art, die schon seit vielen Jahren im Werte waren und Europa der Katastrophe langsam zutrieben. In dieser Hinsicht können wir schon heute versuchen, der Wahrheit nahe zu kommen.

Kein Mensch kann leugnen, daß Englands wirtschaftlicher Reichtum, Frankreichs Macht, Russlands Vandalismus und die mit teuflischen Mitteln gegen uns betriebene Propaganda zuerst zu erwähnen sind. In Rechnung zu stellen ist ferner unsere völlig verfehlte äußere Politik, die bei dem Riesenumstoß unseres weltwirtschaftlichen Fortschrittes einmal unsere völlige „weltpolitische Uneigennützigkeit“ betonte, andererseits mit der „gepanzten Faust“ und anderen Rasselgebärden dazwischenfuhr und Mißtrauen und Widerstand allerorten erweckte. Was diese Politik einbrachte, wurde uns im Kriege offenbar. Auch bei den Völkern, deren „realer Vorteil“ sie zu unseren Bundesgenossen hätte machen sollen, Italien, Rumänien und Amerika, fanden wir weit mehr Mißtrauen und Abneigung, Widerwillen und Haß, als selbst der Störke mit „lächelndem Gleichmut“ ertragen kann. Eine internationale Strömung war seit Jahren gegen uns vorhanden, die nur geschichtliche politische Ursachen haben kann. In England, Amerika, Frankreich und in den neutralen Ländern war jeder Rest von Obrigkeitsregierung durch die Verfassungsstaatlichkeit aufgezehrt. In Deutschland, Österreich und Rußland war die moderne Staatsform zwar angenommen, sie stand aber in unausgeglichem Widerspruch neben der alten Obrigkeitsregierung. Der

Raum verbietet uns, näher auf die verschiedenen Erscheinungen des Obrigkeitstaates einzugehen. Zur politischen Sondergemeinschaft Deutschlands gehörte nicht die starke militärische Macht, die bei anderen Völkern nicht geringer war, aber das Überwiegen des militärischen Geistes, der alle Schichten durchdrang, überall nur militärische Gesichtspunkte hervorhob und vergaß, daß jede deutsche Machtpolitik getragen werden muß von dem „immerwährenden Feuer deutschen Kulturgeistes“ und sorgfältig alle Befehle des Lebens berücksichtigen muß, nicht aber im brutalen Gegenwartsrausch nur das Nächstliegende sehen und befehlen darf.“ So urteilt ein ruhiger und überlegener Mann, der freikonservative Politiker und Schriftsteller Adolf Grabowsky, dem wir Demokraten rückhaltlos zustimmen können. Unser hochverehrter Feldmarschall Hindenburg, der in den Tagen des Unglücks in seiner ganzen menschlichen Größe sich zeigt, steht außerhalb der Debatte. Was wir ablehnen müssen, ist das System der Kurzsichtigkeit und Gewalt, von der auch unsere Diplomaten bei dem Überwiegen des Militärs durchtränkt waren. In den Wendepunkten des Krieges bei dem unbeschränkten U-Bootkrieg und dem Frieden von Brest-Litowsk, haben unsere militärischen Machthaber das entscheidende Wort gesprochen und unsere schwachen Staatsmänner an die Wand gedrückt. Von einem Frieden der Verständigung, als wir ihn bei unseren militärischen Erfolgen in Ehren haben konnten, wollten die Militärs im Bunde mit den Allduitschen nichts wissen. Der frühere österreichische Außenminister, Graf Czernin, hat jüngst in seiner großen Wiener Rede darauf hingewiesen, daß seine übermenschlichen Anstrengungen, unsere Regierung zur Nachgiebigkeit zu bewegen, scheiterten — nicht beim deutschen Volk, auch nicht beim Kaiser, sondern „bei den führenden deutschen Militärs, die eine so unermessliche Machtfülle an sich gerissen hatten“. Es mußte ein „harter“, ein „Siegfrieden“ sein, trotzdem wir niemals in der Lage waren, wie Walter Rathenau Ludendorff freimütig erklärte, unsere Feinde etwa durch die Besetzung von Paris, London und Rom dazu zu zwingen. Mit ungeheuren Versprechungen wurde das Volk getörscht, in kurzer Zeit sollte England durch den U-Bootkrieg auf die Knie gezwungen werden. Es hat nicht an Männern gefehlt, die mitten im Kriegssturm an das Jrsuwort, „Es liegt die Friedensstiftung“ erinnerten. Hochangesehene Männer, wie die evangelischen Theologieprofessoren Diefmann in Berlin und Nade in Warburg wurden durch den Zensur in ihrem Wirken behindert. Die „Lose Vereinigung evangelischer Friedensfreunde“ von den Pastoren Auer, Nibbel, Stahn, Pleß, Rittelmeyer und Wielandt ins Leben gerufen und der Unterstützung aus allen Schichten des Volkes sicher, wurde von der Militärbehörde rückhaltlos unterdrückt. Die Bekämpfer der Allduitschen, wie der Theologe Otto Baumbaarten und der Professor Hans Delbrück, mußten die erbittertesten Schlachten schlagen — gegen die Zensur.

Furchtbar lastete die Not auf unserem Volke. In Millionen von Familien zog die Sorge und die Trauer um das Liebste ein. Hunger und Krankheiten zehrten an dem Lebensmark der Nation. Immer wieder wurden die Massen vertrieben: „Der Sieg ist uns sicher, wartet noch ein paar Monate! Nur noch diesen Winter durchhalten! Fürchtet Amerika nicht!! Es kommt zu spät!“ Und als die Millionenheere Amerikas mit all ihrer technischen Überlegenheit im entscheidenden Augenblick doch auf dem Plane erschienen, da hielten Deutschlands Heere wie die Löwen stand. Prinz Max von Baden hat sich öffentlich mit seinem Worte verbürgt, daß unser überreifes Waffenstillstandsangebot, das unsere Front erst demoralisiert hat, von Ludendorff herrührte. Er verlangte eine neue, verhandlungsfähige demokratische Regierung, weil sonst der feindliche Durchbruch sicher sei. „Erst also, um nochmals Grabowsky das Wort zu geben, Plausibilismus (Vorpiegelung) bis zur Bewußtlosigkeit, ein Fehlen aller sicheren Wertmaßstäbe zur Beurteilung der Situation und an Stelle dessen eine Politik, die nur von heute auf morgen denkt, und nachher, da die Plausibilien als Seifenblasen erkannt werden, hilflos, allerhöchster Pessimismus, ein Hineinschmeißen des Möglichen, zusammen mit dem Unmöglichen.“

In den breiten Massen erhob sich schon seit Jahren dröhnend die Stimme der Unzufriedenheit. Die Moral sank immer tiefer. Die Prospektier fraß alle Schichten unseres Volkes an. Das Vertrauen zu unserer Regierung

schwind immer mehr. Neben der Pflicht, für das Vaterland zu hungern und zu bluten, verlangten die Massen das Recht, als vollberechtigte Bürger mitzusprechen zu dürfen. Schon im April 1917 hat der schon erwähnte Graf Czernin Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm ernstlich vor der revolutionären Bewegung gewarnt, die all das wegschwemmen würde, wofür Österreich und Deutschlands Völker noch kämpften und starben. Unser König und seine Minister haben damals die richtige Einsicht gehabt, daß der Monarch, um mit dem seligen Italiener Machiavelli zu reden, unter allen Umständen die breiten Massen hinter sich behalten müsse. Die königliche Botschaft vom 11. Juli 1917 stellte zu diesem Zweck eine großartige Reform unseres ganzen staatlichen Lebens, beginnend mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht in Preußen, in Aussicht. Viele kostbare Monate gingen in erbitterten Kämpfen um das Grundrecht eines freien Volkes verloren. Es liegt eine Tragik im Leben dieser überzeugten Anhänger der Monarchie, daß sie, die von ihrem Standpunkt aus fraglos das Beste wollten, durch ihre Opposition die Regierung daran hinderten, das Königtum so rasch wie möglich wieder in den breiten Massen zu verankern.

Wir verheerlichen die Revolution nicht. Im Gegenteil, im Prinzip sind wir gegen jede gewaltsame Lösung, weil dadurch die ruhige organische Entwicklung gestört wird und in vorliegendem Falle der Umsturz in seinen verhängnisvollen Auswirkungen unsere Niederlage zu einer Katastrophe zu gestalten droht. Aber verstehen lernen wollen wir aus der Vergangenheit zum Nutzen der Gegenwart und der Zukunft.

Weilburg, den 3. Januar 1919.

Dr. Schwarte.

Besitz von

Heeresgut aus unlanteren Quellen

wird bestraft mit
Gefängnis

bis zu 5 Jahren und 100.000 M. Geldstrafe.
Dahum:

Liefert ab!

Reichsverwertungsamt Berlin W. F. Friedrichstr. 66.

Zur Lage.

Der Feind lernt Teutichland kennen.

Bessere Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals.

Die Versorgung Deutschlands wird geprüft.

Daraufhin hat E. atssekretär Erzberger in Spaa die Erklärung abgegeben lassen, daß die deutsche Waffenstillstandskommission auch für die Inangriffnahme der Lebensmittelversorgung zuständig ist. Die weiteren Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands werden also nunmehr an die Waffenstillstandskommission erfolgen.

Die Münchener Wächter sind ausgezeichnet.

„Eine Schildwache, die Zigarette im Munde und das Gewehr nachlässig umgehängt, steht vor der Augentür des bayerischen Auswärtigen Amtes. Er prüft gutmütig unsere Papiere und sagt, der Herr Ministerpräsident sei auf seinem Zimmer. Wir steigen eine düstere Treppe hinauf. Die Tür öffnet sich, ein starrer junger Mann sitzt ans Telefon. „Der Herr Ministerpräsident“, sagt er, „ist durch ein wichtiges Geschäft abgehalten. Bitte schicken Sie sein Abendessen herauf: Suppe, Sauerkraut, Brot und Bier.“

Das Abendessen wird auf einem einfachen Brett heraufgebracht, und einen Augenblick später betreten wir das Privatzimmer des Ministerpräsidenten.

Nach Beendigung der Vorstellungen erteilen wir dem Herrn Minister gern die Erlaubnis, mit seinem Abendessen zu beginnen. „Unsere Revolution war unblutig“, sagt er. „Richt wahr?“ wende er sich an den Minister für soziale Fürsorge und fügt hinzu: „Wo sollen Sie nicht mitessen? Die Wächter sind ausgezeichnet.“ Ich erwähne diese Äußerungen nicht um zu spotten, sondern nur um die erstaunlichen sozialen Veränderungen zu illustrieren, die Deutschland im Lauf der letzten Wochen durchgemacht.“

In Berlin streiken die Kellner.

Oberst Wade verläßt Posen.

„Ich habe vom englischen Auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang!“

General Haking, britische Delegation, Spaa.“

Dem Oberstleutnant Wade war bekanntlich deutscherscheits gemeinsam mit Baderevski freies Geleit ausdrücklich nur für die Reise Danzig-Warschau gewährt worden. Die beiden hatten sich aber, trotz deutschen Protestes, nach Posen begeben und hatten dort, wie die deutsche Regierung es der Entente unter Ablehnung jeder Verantwortung vorausgesetzt hatte, deutsch-feindliche Demonstrationen veranstaltet, indem sie unter bewußter Entstellung der Tatsachen dem stellvertretenden Generalkommando in Posen mitteilten, ihr Aufenthalt in Posen vollziehe sich im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission.

Mit dem strikten Befehl zur Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge getan, daß Wade und Baderevski das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen solle.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Auf falscher Fährte.

Roman von Max Esch.

39]

Nachdruck verboten.

Zeit, „der gnädige Herr werden einhaltigen, aber Herr Justizrat Piper, was dem Müller sein Verteidiger war, sagte, gerade auf die Aussage des Scharf hin seien der Müller und der Rufsche verurteilt worden. Und mit Verlaub zu reden, der gnädige Herr Baron mögen's glauben oder nicht, der Müller hat den Rufsche mit keinem Worte gegen den erschossenen gnädigen Herrn aufgehebt. Wenn der Rufsche in der Mühle gewesen ist, haben der Müller und er von weiter nichts wie von dem Mühlauf geredet.“

Sie mögen's glauben oder nicht, gnädiger Herr Baron, der Müller wollte sich zuletzt nicht recht an die Boshpöter Mühle ran, da er immer noch dachte, er könne die Boshpöter Mühle behalten. Erst als er vom Schlosse zurückkam und er wie ein Wilder auf den gnädigen Herrn schimpfte, war's ihm mit dem Kaufe ernst. Ich wollt's ja, mit Verlaub zu reden, gnädiger Herr, gleich nicht haben, daß er sich mit dem Kerl, dem Rufsche, einließ; denn der mußte den Müller ja ins Gerede bringen. Der Müller aber hat mich angeschaut, daß mich das gar nichts anginge. Aber sonst hat er doch immer auf mich gehört, nur diesmal nicht, und das muß er nu so schwer büßen. Aber, Sie können's glauben oder nicht, Herr Baron, der Müller ist unschuldig. Das wird ja wohl auch das Reichsgericht herausfinden, wenn es die Revision des Müllers verhandelt.“

Zweifelslos blickte der Baron die Frau an, ihr geduldig zuhörend; obwohl er von der Schuld des Müllers, gerade infolge der Aussage des Müllergesellen Scharf, überzeugt war, doch hatte er Mitleid mit der vor ihm Sitzenden, konnte es sich aber jetzt, da die Frau eine Pause eintreten ließ, nicht enthalten zu bemerken: „Ich wünschte es ebenfalls, daß Ilgen unschuldig sein möchte, aber er ist so schwer belastet, daß ich an seine Unschuld nicht glauben kann, nicht eher wenigstens, bis Rufsche, in dem wir den Mörder meines unglücklichen Bruders ja zweifelslos zu erblicken haben, klipp und klar erklärt, daß ihn der Müller nicht zu der Tat angeleitet hat.“

„Mit Verlaub zu reden“, erwiderte Frau Ilgen, „der Herr Baron mögen's glauben oder nicht, der Müller hat den Rufsche nicht angeleitet, und auch der Rufsche hat den gnädigen Herrn nicht erschossen.“

„Ja, liebe Frau“, unterbrach der Baron, „Sie drücken sich in so bestimmten Redewendungen aus, daß ich annehmen muß, Sie kennen den Mörder.“

„Mit Verlaub zu reden, Herr Baron, wenn ich nur man reden möchte und nicht wissen kann, ob der gnädige Herr Baron das gern hört, dann möchte ich man lieber den Mund nicht auf tun“, beeilte sich die Alte zu erwidern, den Baron, der keinen Blick von der Frau verwendete, fragend ansehend.

„Immer sprechen Sie, Frau Ilgen. Sie haben mein Interesse wachgerufen“, ermunterte der Baron.

„Das ist nu man so 'ne eigne Sache, mit Verlaub zu reden, gnädiger Herr Baron. Da hat doch der Ehler, der den toten gnädigen Herrn aufgefunden hat, eine Liebschaft mit der Klara Wittlow, der Jöle der gnädigen Frau Baronin, gehabt. Die aber hat ja wohl von dem Jäger nichts nicht wissen wollen, diemal ihr der Herr Baron im Kopfe gelegen hat, was ja ein jeder auf Wosfin auch wissen tut. Und da der gnädige Herr Baron das hübsche Ding auch gern gehabt hat —“

„Was sagen Sie da, Frau Ilgen?“ unterbrach, auf das höchste überrascht und peinlich berührt, der Baron. „Mein Bruder sollte sich mit der Klara eingelassen haben? Das kann ich nicht glauben!“

„Nicht zu knapp, mit Verlaub zu reden, gnädiger Herr Baron“, antwortete Frau Ilgen. „Ich kann nicht anders reden wie es ist. Der gnädige Herr Baron waren ja jung und lebenslustig, und da mag es wohl gekommen sein, daß er dem schamlosen Frauenzimmer ins Garn gelassen ist. Da hat ihn die Klara denn nu festgehalten. So ist es, der gnädige Herr Baron mögen's glauben oder nicht. Aber Sie können man auch die andern Mägens fragen und die werden sich anders reden. Und da die

Antunungsgebung des Zentrums.

Nachdem Sozialdemokraten und die Demokraten bisher die eine Partei waren, die die Straße zu Demonstrationen benutzten, ist am Sonntag diesem Beispiel die Christliche Volkspartei, das alte Zent., gefolgt. Im Anschluss an zwei Riesenversammlungen im Circus Busch und unter freiem Himmel Lustgarten, in denen katholische und evangelische Mäße zu Worte kamen, formierte sich ein großer Haufen etwa 60 000 Menschen, der zum Reichstagsplatz und zum Kultusministerium zog, um dort für die Befreiung der christlichen Volksschule und gegen Ministerium Hoffmann zu demonstrieren. Die Teilnehmer sangen Kirchenlieder und patriotische Lieder und brachten Hochrufe auf die demokratische Republik aus.

Die Ehr für die Osmarken.

Im Osten hat die Verhältnisse eine für das gesamte Deutschland erhebende Gestalt angenommen. Der preussische Major Ebert, der als ruhiger und besonnener Mann eine Verurteilung nach Polen unternommen hat, ist eine Zeitlang von einer polnischen Wache verwahrt worden. Er entwirft von der Lage in der Preis folgendes trübes Bild:

„Man müsse in Deutschland unbedingt darüber klar sein, daß sich die Verhältnisse in der Provinz Posen in den letzten Jahren zugunsten der Polen von Grund aus verschoben hätten. Vor 14 Tagen vielleicht wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit militärischer Gewalt eine Situation für die Berliner Regierung zu retten, die ihre Vormachtstellung in Polen aufrechtzuerhalten. Heute sei es zu einem solchen Versuch zu spät. Selbst eine ganze Division Truppen nach Posen geschickt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr verändern. Es sei ein Unfug, auch nur zu glauben, daß heute noch mit Gewalt etwas ausgerichtet könnte. Denfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber stehen, daß Posen und der östliche Teil der Provinz sich völlig in den Händen der Polen befinden. Der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand.“

Unter diesen Umständen muß man, so bemerkte Ernst weiter, in Posen vor allen Dingen von dem Gedanken ausgehen eine Verständigung mit den Polen auf gütliche Weise zu erreichen.“

Inzwischen ist uns auch

das Kunst des Volkswirtschafts

immer näher.

Am Sonntag haben die deutschen Streitkräfte der Eisenbahn ihre Stellungen bei Hingenberg räumen und auf die Hügellinie zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Die englische Flotte hat sich außerstande erklärt, ihrerseits helfend einschreiten zu können.

Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abrüstungsport aller Zeiten sich vollzogen hat,

die Räumung Rigas

noch im Laufe der Woche beschlossen worden. Die letzten Soldaten sind bereits nach Mitau übergeführt.

Aus Rumburg und Umgegend

Rumburg, den 6. Januar 1919.

† **Unser Heeresangehöriger.** Die Nummer 28 zu den „Deutschen Lustigen“ betr. Unermittelte Heeresangehöriger, hat und Fundstücken ist soeben erschienen und kann von erschienen in der Geschäftsstelle des „Rumburger Anzeigers“ eingesehen werden.

† **Geheime Volkspartei.** In der Vertreterversammlung der deutschen Volkspartei — ehemalige nationalliberale Partei — wurden folgende Kandidatenliste für die Wahl Nationalversammlung aufgestellt: 1. Geheimrat Dr. Präsident des Hansabundes, geb. Frankfurt a. M. 2. Landwirt Krüger in Rumburg. 3. Arbeiterführer in Rumburg. 4. Chemiker Dr. Kalle in Rumburg. 5. Frau Julie Kallmann. 6. Ingenieur Christoph in Rumburg. 7. Stadtverordneter Dr.

solche, die nun wohl geglaubt hat, als Geliebte von dem Herrn sich besser zu stellen, als wenn sie dem kleinen Frau geworden wäre, hat sie dem armen Menschen Korb gegeben, oder er mag sie wohl auch mit dem Korb betreffen haben. Ru ist der Ehrlert aber ein Hühner, der wie vernagelt in das Mädchen war. Er wollte Maria durchaus haben, und da meine ich, mit Verlaub sagen, gnädiger Herr Baron, daß er aus Eifersucht den Baron geschossen hat. Weiter war's keiner der Ehrlert, er ist der Mörder. Und wenn die Polizei ihn sich ordentlich vorgenommen oder aufgegriffen hätte, sähe der Müller und der Ruchte heute nicht befangen. Wie so'n begoffener Pudel ist der Ehrlert gelaufen, ehe er mit dem jüngsten Herrn Baron nach Riga gegangen ist. Ich meine nun man, mit Verlaub sagen, gnädiger Herr Baron, wenn die Polizei den Ehrlert gepöbeln hätte, wie den Müller, dann würd' sie's herausbekommen haben, wer den Herrn Baron erschossen hat.“

dem Staunen gar nicht herauskommend, sah Baron Felden und verslang fast die Worte der redseligsten, war er doch wie aus den Wolken gefallen. Seiner unterhielt eine Liebschaft mit einem Dienstmädchen von welcher Tatsache sogar die Diensthörsen wußten. Das konnte er kaum begreifen. So weit konnte demordete sich also vergessen! Geradezu empört war, daß er dem Ehrlert das Mädchen abspenstig gemacht. Benna die Dinge so, wie sie Frau Jlgan schilderte, lagpar der Verdacht allerdings nicht von der Hand zu weichen, daß Ehrlert den Bruder aus Eifersuchtsmotiven erschossen. Er war der erste, der von dem Morde Mitteilung gemacht und sollte ganz verstorben gewesen sein. Er der Mörder, konnte er mit Leichtigkeit alle Spuren stetig verwischen.

Kortikun folat.

Rumpf in Frankfurt. 8. Fabrikant Dr. Herkus in Hanau. 9. Kaufmann und Leichwärtin Behe in Homburg v. d. H. 10. Schornsteinfegermeister Frank in Frankfurt. 11. Oberlehrerin Julie Behe in Frankfurt. 12. Kreisarzt Lohder in Dillenburg. 13. Professor Hans Köppe in Marburg. 14. Landesbibliothekar Dr. Hopf in Cassel. 15. Schriftsteller Dr. Friedrich Böttcher in Meringhausen.

— **Deutsche Volkspartei.** In Nr. 1 des Frankfurter General-Anzeigers vom 1. d. Mts. ist die Vorschlagsliste der Deutschen Volkspartei zur Nationalversammlung für den Wahlkreis Hessen-Nassau-Wehrhagen-Walded veröffentlicht. Dazu ist zu bemerken, daß die zuständige Versammlung der Vertrauensmänner des Wahlkreises den Amtsgeschäftsrat Lieber in Wiesbaden, den Syndikus der Nassauischen Landwirtschaftskammer und Vertrauensmann der Nassauischen Landwirte an die erste Stelle zu setzen beschlossen hat. Leider mußte die Ausführung dieses Beschlusses bisher unterbleiben, weil die vorgeschriebene Zustimmungserklärung des Herrn Lieber wegen der über Wiesbaden von den Franzosen verhängten Verkehrsperre trotz aller erdenklichen Bemühungen nicht zu erreichen war. Nachdem inzwischen der Verkehr mit Wiesbaden mit Rücksicht auf die Wahl zur Nationalversammlung etwas erleichtert worden ist, sieht zu hoffen, daß die sofort wieder aufgenommenen Bemühungen den Erfolg haben werden, den verdienten Mann und hochangesehenen Herrn Lieber doch noch an die Spitze der Vorschlagsliste der Deutschen Volkspartei zu bringen.

† In sehr stark besuchter Versammlung der Zentrumspartei sprach Herr Parteisekretär Herkenrath von Limburg am gestrigen Sonntag im Deutschen Hause hier über das Thema: „Was hat uns die Revolution gebracht?“ und „Welches ist die Aufgabe der Zentrumspartei für die Zukunft?“ In dem ihm eigenen, gründlichen und allgemein verständlichen Weise betonte der Redner, daß die Revolution dem deutschen Volk weder Frieden noch Brot, weder eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch Freiheit gebracht habe. Als die Aufgabe des Zentrums betrachtete Redner in erster Linie die Pflicht, in Gemeinschaft mit den anderen christlichen, bürgerlichen Parteien für baldige Wiederherstellung und Erhaltung geordneter Regierungsverhältnisse einzutreten. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen und auf absehbare Zeit an eine Wiedererrichtung der Monarchie nicht zu denken sei, müsse eine bürgerliche, auf christlicher Grundlage ruhende Republik geschaffen und gefördert werden, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und zwischen Kirche und Schule erhalten bleibe. Nach reger Diskussion schloß der Vorsitzende Herr Pfarrer Herr die Versammlung mit der Aufforderung an alle Frauen und Männer, am 19. Januar zur deutschen und am 26. Januar zur preussischen Nationalversammlung ihr Wahlrecht pflichtgemäß auszuüben.

— **Den Oberpost-Präsidenten Böh, Prinz, Horn und Wehler ist der Charakter als „Postsekretär“ verliehen worden.**

† **Für die Bewertung von freiverwendenden Heeresgütern** für unsere Volkswirtschaft ist im Bereiche der Finanzverwaltung ein besonderes Amt, das Reichsoverwertungsamt, geschaffen worden, das dem Reichsschatzamt untersteht. Die Ueberführung aller Güter aus der Militärverwaltung in die Verwaltung des Reichsoverwertungsamtes ist vom Kriegsministerium bereits in die Wege geleitet. Auch die Wiederherbeibringung von gestohlenem Heeresgut gehört zu den Aufgaben des Reichsoverwertungsamtes. Das Reichsoverwertungsamt weiß deshalb heute in einem Inserat darauf hin, daß nach dem von der Reichsregierung am 14. Dezember 1918 erlassenen Gesetz jeder, der die angeordnete Ablieferung unterläßt, sich also noch unrechtmäßiger Weise im Besitz von Heeresgut befindet, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark bestraft wird.

† **Das am Samstag** am Samstag im Saalbau veranstaltete Konzert hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen, was, bei den bekannt guten Leistungen der Ausführenden nicht zu verwundern war. In den beiden ukrainischen Sängern begrüßten wir alte Bekannte, die hier von früheren Konzerten her im besten Andenken standen und auch diesmal wieder recht erfreuliches boten. Den instrumentalen Teil führten die Herren Pfaff, Schneider, Franz und Brinmann aus, die sowohl im Einzelvortrag wie im Gesamtspiel anerkannter Leistungen zeigten. Sämtliche Darbietungen fanden bei den Zuhörern dankbare Aufnahme wofür der lebhafteste Beifall sprach.

Aus Runkel und Umgegend

Runkel, den 6. Januar 1919.

† **Freigabe der Gummibereifung für Fahrräder.** Zur Vermeidung von Zweifeln ist darauf hingewiesen, daß durch die Aufhebung des Gesetzes über den Belagerungszustand auch die Verordnungen des Generalkommandos hinsichtlich der Gummibereifung von Fahrrädern im Gebrauch von Fahrrädern mit Gummibereifung vorsehrieben. Die Benutzung von Fahrrädern auch mit Gummibereifung ist also jetzt wieder erlaubt.

Vermischte Nachrichten

† **Diebstahl.** 2. Jan. Zivilpersonen stahlen aus dem französischen Lebensmittellager in der Antroffstraße, Vorschule einige Ähren mit Lebensmitteln. Der Stadtkommandant stellt der Stadt, falls die Ermittlung der Einbrecher nicht gelingt, eine sehr hohe Strafe in Aussicht.

† **Rassel.** 1. Jan. Kommerzienrat Ritzner hat zum 40-jährigen Bestehen seiner in Leipzig-Sellerhausen errichteten Maschinenbauanstalt Stiftungen in Höhe von 260 000 M. gemacht, darunter 100 000 M. für nollebende Arbeiter und Beamte der Firma, 50 000 M. seiner Heimatstadt Altenburg für Lungensanatorien usw.

† **Berlin.** 2. Jan. [Ein Zeichen der Zeit]. Zum Beginn des Wachenstreikwerkes, das ganz Bayern mit Elektrizität versorgen soll und den Bedarf an fremder Kohle

herabsetzen soll, haben sich, wie der „Volkswagen“ erzählt, am ersten Tage 69 Ingenieure und 2 Arbeiter gemeldet. Am zweiten Tage waren es 240 Ingenieure und immer noch 2 Arbeiter. Der „Volkswagen“ meint: Kommentar überflüssig.

† **Berlin.** 5. Jan. Der frühere Intendant des Wiesbadener Hoftheaters Viktor v. Muzenbecher ist vor einigen Tagen hier gestorben.

Letzte Nachrichten.

Unruhen in Berlin.

† **Berlin.** 5. Jan. (B. V.) Infolge eines gemeinsamen Aufrufes der Unabhängigen und der Spartakusleute versammelten sich in der Siegesallee ihre Anhänger zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Absetzung Eickhorns. Redner forderten nicht nur zur Bewaffnung des Proletariats auf, sondern erklärten unter dem Beifall ihrer Zuhörer, daß sie entschlossen seien, die Nationalversammlung zu verhindern. Die Redner forderten dann die Massen auf, sofort zum Reichstagsplatz zu stürmen, und Ebert und Scheidemann zu massakrieren. Dann bildete sich der Zug und zog durch das Brandenburger Tor vor das Ministerium des Innern. Am Brandenburger Tor verbrannte man auf einem Scheiterhaufen eine Unmasse von Regierungsflugblättern. Vor dem Ministerium wartete bereits Liebknecht auf den Zug. Er hielt eine Ansprache an die Masse, worin er sagte, daß an der Spitze der Regierung Verbrecher ständen, das Proletariat müsse sich bewaffnen und einen eisernen Ring um das Präsidium legen. Die Soldaten mußten im Verein mit dem Proletariat alles aufbieten, um die Entfernung Eickhorns zu verhindern.

Die Erregung wuchs von Minute zu Minute. Nach dem Kampfausruf Liebknechts setzte sich der Zug nach dem Polizeipräsidium in Bewegung. Auf dem Balkon des Polizeipräsidiums erschien Eickhorn in Begleitung Liebknechts. Eickhorn gab vom Balkon die Erklärung ab, daß er so lange auf seinem Posten bleiben werde, wie es das Proletariat verlange, und daß er seine ganze Macht dazu benutzen werde, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Nachdem auch Liebknecht das Wort ergriffen hatte, zogen die Massen ungeführt gegen 5 Uhr weiter. Ein Teil der Demonstranten zog vor das Gebäude des „Vorwärts“, das erstürmt und besetzt wurde. Während der Vorgänge im „Vorwärts“-Gebäude hatte sich vor dem Hause eine große Menge angesammelt. Plötzlich entdeckte jemand, daß in dem gegenüberliegenden Gebäude sich das Propaganda-Büro der sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins befand. Das Gebäude wurde gestürmt und die ganze Einrichtung des Büros auf die Straße geworfen, wo sie verbrannt wurde. In später Abendstunde zogen die Demonstranten nach der Charlottenstraße und besetzten dort die Zentrale des Wolff'schen Büros.

Entlassung des Polizeipräsidenten Eickhorn.

† **Berlin.** 5. Januar. Der preussische Minister des Innern hat die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Eickhorn verfügt, und Minister Eugen Ernst hat sich bereit erklärt, neben der Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen auch die Leitung des Polizeipräsidiums zu übernehmen.

† **Frankfurt a. M.** den 5. Jan. Der Arbeiterrat in Frankfurt beschloß ab 6. Januar die Einführung des Sechsstundenarbeitstages. — In Frankfurt sind 10 206 Arbeitslose, die in der letzten Woche 337 114 Mark Arbeitslosenunterstützung bezogen.

† **Berlin.** 5. Jan. Die „Deutsche Allgemeine“ meldet aus dem Haag: Der deutsche Gesandte in Luxemburg, Herr v. Buch, ist aus dem Großherzogtum ausgewiesen worden.

Die preussische Regierung gegen unerlöste Lohn-erhöhungen.

Da die Löhne der Arbeiter in neuester Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht haben, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der herrschenden Teuerung gerechtfertigt werden kann, und unter denen das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen muß, so hat sich die preussische Regierung veranlaßt gesehen, eine Verordnung zu erlassen, in der es unter anderem heißt, daß die Lohnbewegung eine Entwicklung genommen hat, die weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Weder der Bergbau und Eisenbahnen, noch die übrigen Staatsbetriebe können längere Zeit vertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen überschreiten. Diese Gefahr ist aber in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträgliches hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.

Ein Geflügel der 10. Armee.

Der Vorsitzende des Soldatenrates der 10. Armee ist in Berlin eingetroffen und bietet um die Entsendung geschlossener Kampfformationen in die Gegend von Wilna, um die Rückführung der deutschen Truppen sicherzustellen und die Verbindung mit der Ukraine aufrecht zu erhalten.

Voraussichtliche Witterung für Dienstag, den 7. Januar. Ziemlich aufheiternd und vorwiegend trocken, vielerorts Nachfroste.

Junger Mann

vom Militär entlassen, sucht Stellung auf Büro. Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

Dienstmädchen

bei hohem Lohn gesucht. Dobranz, Niedergasse 18.

Fuhrmann

ge sucht. Brauerei Wagh, Braunsfels.

Zigaretten

wieder eingetroffen. Grossa Rauch.

Bürobeamter

sucht per sofort oder später Stellung. Gute Zeugnisse vorhanden. Angeb. unt. D. S. 125 a. d. Geschäftsstelle.

Rollwand

zu laufen gesucht. Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Deutsche Demokratische Partei.

Mittwoch, den 8. Januar 1919, abends 8 Uhr,
im Saalbau in Weilburg

Oeffentliche Volksversammlung: „Die Trennung von Kirche und Staat.“

Redner: Herr Pfarrer Ernst Klein.

Frauen und Männer aller Konfessionen und aller Parteien werden zu freier Aussprache freigegeben.
Der Vorstand.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben
Sohnes, Bruders und Schwagers, des

Musketiers Carl Michel

sprechen wir hiermit allen unsern innigsten Dank aus, insbesondere
danken wir Herrn Pfarrer Meckel für die trostreichen Worte am Grabe.

Löhnberg, den 5. Januar 1919

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Wtw. A. Michel und Kinder.

Beamte!

Heraus aus Eurer seitherigen Ruhe! Betätigt Euch
politisch! Nehmt auch Eure Frauen und erwachsenen
Kinder mit in die Versammlungen! Allseitige Wahlbe-
teiligung ist Pflicht. Sorgt dafür, daß der Wahlkampf
nicht zur wüsten Verheerung führt! Ueber den Partei-
meinungen steht das uns alle einigende Vaterland. Nur
Kampf aufs Schärfste gegen den verbrecherischen Wahn-
sinn der Liebsknechte!

Die Beamtenvereinigung des Oberlahn-
kreises.

Am Montag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr
findet im „Deutschen Haus“, Kasinoaal in Weilburg der
vierte Frauenabend

statt.

Thema: **Wahlrecht und Wahlpflicht.**

Redner: Dr. Lohmann.

Alle Frauen sind herzlich willkommen.

Die deutsche Volkspartei.

Beginn der neuen Kurse

der Mädchen-Fortbildungsschule Mittwoch, den
8. d. Mts., morgens 8 Uhr.

Anmeldungen für Schuh- und Pflanzkurse nimmt die
Leiterin Dienstag, den 7. d. Mts., nachm. von 3-4 Uhr
in der Schule, Pfarrgasse 8 entgegen.

Der Vorstand.

Städtische höhere Mädchenschule zu Weilburg.

Wiederbeginn des Unterrichts: Montag, den 13.
Januar, vormittags 9 Uhr.

Johanna Müller, Schulpflichterin.

Tüchtiger Vertreter

für den Vertrieb von Oelen und dem neuesten „Kalkett“ für
Ober- und Unterlahnkreis und Westerwald gesucht.
Meldungen unter F. B. 100 a. d. Exped. d. Ztg.

4 Zimmerwohnung per 1. April 1919 eodl.
auch früher zu mieten
Kopp, Adolfsstraße.

Wegen Verheiratung mei-
nes langjährigen Mädchens
suche zum baldigen Eintritt
ein tüchtiges, nicht zu junges

Dienstmädchen.

Frau Scheinrat Polster,
Hindenburgstr. 10.

Dienstmädchen

Ein tüchtiges zuverlässiges
Mädchen sucht
Franz Hofrat Herr, Weilburg,
Wilhelmstraße.

Monatmädchen

Ein
bei gutem Lohn für 15. Jan.
oder später gesucht.
Auskunft erteilt die Exped.

Bekanntmachungen der Stadt Runkel

Sämtliche Mannschaften, welche in der hiesigen Stadt
wohnhaft sind und noch nicht mit den zuständigen Ent-
lassungs- und Marschgebühren abgefunden sind, wollen sich
sofort auf dem Bürgermeistereiamt melden. Entlassungs-
schein, Soldbuch pp. sind mitzubringen.
Runkel, den 3. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Petroleum darf nur gegen Karten ausgegeben werden.
Diejenigen Kaufleute, welche trotzdem Petroleum ohne Kar-
ten verabsorgen, werden in Zukunft von der Verteilung
ausgeschlossen. Die abgegebenen Karten sind sofort gezahlt
auf dem Bürgermeistereiamt abzuliefern.
Runkel, den 3. Januar 1919.

Der Magistrat.

A u f r u f !

Durch den Waffenstillstandsvertrag sind die Deut-
schen Kriegsgefangenen dem Gegner auf Gnade und Un-
gnade preisgegeben.

Ein Appell des deutschen Volkes an das Gewissen
der Welt kann nur fruchten.

Schließt Euch zusammen in der Forderung:

Heraus mit unseren Gefangenen!

Für uns haben sie gekämpft und gelitten.

Alle müssen helfen!

Wenn Millionen von Stimmen sich erheben, hat
unser Bestreben sicher Erfolg. Überall haben sich Orts-
gruppen gebildet, so auch in Runkel, welche sich dem
Zentralausschuß des Reichsbundes angeschlossen haben.

Sämtliche hiesigen Einwohner werden ersucht, der
Ortsgruppe beizutreten.

Runkel, den 30. Dezember 1918.

Der Bürgermeister.

Rehmann.

Apollo-Theater.

Weilburg. (Vielspiele.)

Limburgerstr. 6. Limburgerstr. 8.

Heute abend 7 1/2 Uhr zum letztenmale

Die Verräterin.

Die Direktion.

Wir weisen wiederholt und dringend darauf
hin, daß alle Anzeigen, Bekanntmachungen und
Artikel bis 8 Uhr morgens bei uns eingegangen
sein müssen, wenn sie noch am gleichen Tage Aufnahme
finden sollen. Größere Anzeigen wollen man am Tage
vorher mittags ausgeben.

Weilburger Anzeiger.

Bekanntmachungen der Stadt

Weilburg

Montag, den 6. Januar, 9 Uhr im Rathaus-
saal

Speisef

(Einheit 37 Pfg.) an hiesige Familien unter Vorlage der
Festkarten ab, und zwar:

3-4 Uhr Nr. 306,

4-5 „ „ 600,

5-6 „ „ Schluß.

Die Abgabe erfolgt genau in oben angegebenen
Zeit.

Wegen Mangel an Kleingeld, dringend ersucht,
die Beträge abgezahlt bereit zu haben

Rechnungstelle.

Morgen Dienstag, den 8. Januar, vormit-
tags von 10-11 Uhr kommt in Kreiswildeke von
Georg Zimmel, Marktplatz.

Wild im Ausbitt

soweit Vorrat reicht, für die Nr. 1150 gegen Fleisch-
karten zum Verkauf.

Die Fleischverwertungsstelle.

Zwiebeln (Auslaure)

Bezugsabschnitt 4, Einheit 1 Pfund 0 Pfg. können
von hiesigen Familien in den Geschäften, die zuletzt solche
bezogen haben, vom 6. bis 10. d. Mts. abgeholt werden.

Lebensmittelstelle.

Heute nachmittag und morgen vormit-

Kartoffel-Ausgabe

am Bahnhofe.

Der Magistrat.

Kohlenausgabe.

Mittwoch, den 8. Mts., von 8-12 Uhr werden wir an
die Familien mit den Anfangsbuchstaben M und
nachmittags von 2-6 Uhr mit den Buchstaben
N bis Z im Viehhof Kohlen aus.

Der Magistrat.

Versammlungen.

Demokratische Partei.

6. Januar Runkel 7 Uhr,

Erfthausen 7 Uhr, D. Holz-

hausen 7 Uhr.

7. Jan. Gräveneck 7 Uhr,

Weyer 7 Uhr, Ennerich 7 Uhr.

Deutsche Volkspartei.

7. Jan. Lousbuschbach 7

Uhr, Billmar 8 Uhr, Arfurt

8 Uhr.

8. Jan. Aumenau 8 Uhr,

Falkenbach 8 Uhr.

Ein Mann den 30er

Jahren, ledig, Molkrei-

betrieb kundig, dem Kriege

mehrere Jahre, kanischen

Farmen tätig, sucht

in ähnlichem, ich oder

irgend sonst hohe Beschäf-

tigung. Angeh. sind zu

richten an Hietz-Schäfer,

Philippstraße, D. 73.

Ein Mann den 30er

Jahren, ledig, Molkrei-

betrieb kundig, dem Kriege

mehrere Jahre, kanischen

Farmen tätig, sucht

in ähnlichem, ich oder

irgend sonst hohe Beschäf-

tigung. Angeh. sind zu

richten an Hietz-Schäfer,

Philippstraße, D. 73.

Ein Mann den 30er

Jahren, ledig, Molkrei-

betrieb kundig, dem Kriege

mehrere Jahre, kanischen

Farmen tätig, sucht

in ähnlichem, ich oder

irgend sonst hohe Beschäf-

tigung. Angeh. sind zu

richten an Hietz-Schäfer,

Philippstraße, D. 73.

Husten, Arot,

Verstärkung.

Schreibe allen Leuten gerne

umsonst, womit ich von

meinem schweren Leiden

selbst befreit

Heinrich Deike, Weiden.

Proving Sach

Auch bei Hautjuckungen,

Kräte, offenen Weingärten

gerne umsonst Ausl.

Rückmarke erwü

Schuhmachergie

für Reparatur und Ma-

beit gegen guten Lohn.

Kost und Logis auf ich

außer dem Hause.

Otto Weber, Alten

(Post Weilmün

Ein junge

Kuh mit K

zu verkaufen.

Hr. Brumm, Ernstbau

Handlungsgehilfe

sucht Stellung als Kontorist

Gef. Angebote unter D.

200 an die Geschäftsstelle.

Zwiebeln

empfiehlt Wilhelm Baurhann,

Hotel Traut

Haushälter

sucht. Hotel Traut